

SP im Kampf gegen höheres Frauenrentenalter gespalten

Uneinigkeit über die Wahl der Mittel

cs. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) ist in der Frage gespalten, ob gegen die 10. AHV-Revision das Referendum ergriffen werden soll oder ob man mit einer Initiative gegen die Erhöhung des Frauenrentenalters ankämpfen will. 15 Mitglieder der Fraktion der Bundesversammlung sprachen sich dafür aus, die Revision in der Schlussabstimmung vom Freitag abzulehnen. Damit signalisieren sie, dass sie für die Ergriffung des Referendums sind. 12 wollen der AHV-Vorlage zustimmen und hernach mit einer Initiative die Erhöhung des Frauenrentenalters von 62 auf 64 Jahre rückgängig machen.

Unter den Befürwortern einer Initiative finden sich namhafte SP-Vertreter wie Nationalratspräsidentin Gret Haller oder ihr Berner Ratskollege Alexander Tschäppät, der sich als Zentralpräsident des Schweizerischen Kaufmännischen Verbandes für ein Volksbegehren stark macht. Er stellte sich mit seiner Initiative klar gegen die eigene Parteispitze (vgl. nebenstehende Meldung). 5 Fraktionsmitglieder enthielten sich der Stimme. Die Fraktion beschloss schliesslich zur Schlussabstimmung über die AHV-Revision in den eidgenössischen Räten Stimmfreigabe. Über das Vorgehen der SP gegen die Vorlage, insbesondere gegen die Erhöhung des Frauenrentenalters, wird der SP-Vorstand am Samstag befinden. Gegen ein Referendum haben sich auch 33 der 43 Zürcher SP-Kantonsräte gewandt. Sie bitten in einem Brief den SPS-Vorstand, in seiner Sitzung vom Samstag auf ein Referendum zu verzichten. Wiederum umgekehrt schliesslich entschied sich der Zürcher SP-Vorstand, der mit 14 gegen 11 Stimmen ein Referendum befürwortet.

Die SP-Parteispitze hatte sich vor zwei Wochen zusammen mit der Leitung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes auf die Ergriffung des Referendums geeinigt. Nun muss sie erfahren, dass dieser Entscheid keineswegs nur auf Zustimmung innerhalb der eigenen Reihen stösst. Im Gegenteil, die Sozialdemokraten sind in der Frage Referendum oder Initiative so gespalten, dass der Parteivorstand sich sein Vorgehen am Samstag wird gründlichen überlegen müssen. Mit einem Referendum gefährdet die SP Fortschritte für die Frauen in der AHV (Splitting, Erziehungs- und Betreuungsbonus), die nicht zuletzt auch von ihren eigenen Vertretern beziehungsweise Vertreterinnen im Gesetzgebungsverfahren erkämpft worden waren. Entscheidet sich der Vorstand für die Initiative, so würde ein weiteres Mal das Instrument des Volksbegehrens sachfremd als Mittel der Opposition eingesetzt. Dadurch würde die SP versuchen, einen wesentlichen Punkt des im Gesetzgebungsverfahren gefundenen Kompromisses herauszubrechen, ohne über andere, ihr gelegene Neuerungen diskutieren zu müssen.

Angestelltenverbände mit eigener AHV-Initiative

Bern, 5. Okt. (sda) Die Angestelltenverbände wollen die Errungenschaften der 10. AHV-Revision nicht mit einem Referendum gefährden. Um die Erhöhung des Frauenrentenalters zu bekämpfen, haben sie eine Volksinitiative für das flexible Rentenalter 62 lanciert. Hart errungene Vorteile wie das Splitting, die Erziehungsgutschriften und die sozialere Rentenformel dürften nicht wieder preisgegeben werden, sagte der Berner SP-Nationalrat Alexander Tschäppät als Zentralpräsident des Schweizerischen Kaufmännischen Verbandes (SKV) am Mittwoch vor der Presse. Er bedauerte, dass der Gewerkschaftsbund und die SP ohne Konsultation der Angestelltenverbände das Referendum angekündigt hätten. Eine Erhöhung des Frauenrentenalters ab 2001 kommt laut Tschäppät auch für den SKV und für die Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände (VSA) nicht in Frage. Sie soll aber mit einer Volksinitiative verhindert werden, die bereits zur Vorprüfung bei der Bundeskanzlei liegt. SKV und VSA wollen die 100 000 Unterschriften noch vor der Referendumsabstimmung vom 25. Juni 1995 beibringen. Die Stimmberechtigten wüssten dann, dass sie nach einem Ja zum Gesetz noch separat über das Rentenalter 64 abstimmen könnten. Nach der Initiative erhalten Frauen und Männer mit 62 Jahren die volle Altersrente, wenn sie zu diesem Zeitpunkt nicht erwerbstätig sind oder nur ein Einkommen unter der anderthalbfachen Mindestrente haben.

Obschon die Grüne Partei eine Volksinitiative mit gleicher Stossrichtung lanciert, entschieden sich die parteipolitisch ungebundenen Angestelltenverbände für den Alleingang. Bei den Mitgliedern gebe es zu den Parteien gewisse Berührungsängste, sagte Tschäppät.